Zur Geheimmittelfrage.

Von Dr. med. Frank zu Groß-Umstadt.

Die Frage, wie dem Krebschaden des Kurpfuschertums und dem mehr und mehr wuchernden Geheimmittelhandel erfolgreich entgegen zu treten sei, ohne zugleich berechnete Bewegungen der Wissenschaft und die persönliche Freiheit der Hilfesuchenden einzuengen, will nicht zur Ruhe kommen, obgleich die Gesetzgeber anerkennen müssen, daß es ein Unrecht wäre, der Lösung dieser Frage aus dem Wege zu gehen. Wenn auch die Anregung auf diesem Gebiete der Gesetzgebung wesentlich von Angehörigen des ärztlichen Standes ausgegangen ist, und wenn auch nicht in Abrede gestellt werden soll, daß durch den in Rede stehenden Unfug das materielle Interesse der Ärzte vielfach geschädigt, noch mehr aber ihre Berufsthätigkeit erschwert und also der Verdacht nahegelegt wird, daß dieser Anregung ein rein egoistisches Motiv zu Grunde liege, so dürfte selbst in dem Falle, daß dieser Verdacht begründet wäre, die Gesetzgebung der Verpflichtung, einem im Staatsleben unentbehrlich gewordenen und in Not befindlichen Stande thunlichst zur Seite zu stehen, sich kaum entziehen können. Es ist jedoch in viel höherem Grade das öffentliche Wohl in dieser Sache gefährdet als das des ärztlichen Standes. Zu leugnen, daß die zum Gebrauch von Geheimmitteln verlockten Kranken ihre Leichtgläubigkeit mit schweren Geldopfern haben büßen müssen, ist angesichts der großen Reichtümer, welche sich in den Taschen der Schwindler angesammelt haben, auch Nicht-ärzten unmöglich. Daß aber zugleich Gesundheit und Leben in zahllosen Fällen direkt Not gelitten haben und alltätlich Not leiden, dies zu beurteilen und auf diesen Mißstand die Gesetzgebung aufmerksam zu machen, dazu sind die Ärzte als allein sachverständig auch allein berufen, und eben weil sie allein dazu berufen sind, ist

dieser Umstand mehr noch für die Ärzte ein Motiv, fort und fort diese Frage anzuregen, als das nur ganz nebenher in Betracht kommende finanzielle Interesse. Nicht allein Gesundheit und Besitz der einzelnen Staatsbürger stehen auf dem Spiel, sondern es muß namentlich auch der Handel mit Geheimmitteln mehr und mehr demoralisierend auf den Volkscharakter in der Art wirken, daß bei einer großen Zahl Staatsangehöriger, welche angesichts der heutzutage geltenden Gesetzesgrundsätze in der Meinung erhalten werden, daß die Duldung des Geheimittelhandels aufzufassen sei als eine Billigung desselben, und darin eine Einladung zur Beteiligung an dem Schwindel erblicken, sich nach geschäpener Kenntnis der Täuschung das Gefühl ausbilden wird, als seien sie vom Staat hintergangen worden. Die großartigen Erfolge des Schwindels werden auf gleichsam infektiösem Wege moralisch schwach entwickelte Individuen auch auf andern Gebieten des Erwerbslebens zur Nachahmung einladen, und so wird der Mangel einer Vorkehr gegen denselben auf diesem Gebiete demoralisierend auch auf andre einwirken.

Nur durch fortwährende nahe Fühlung mit den Erfahrungen der einzelnen Berufsclassen kann die Gesetzgebung die Aufgabe einer stetigen gesunden Fortentwicklung zum Wohle des Ganzen erfüllen, und von diesem Gesichtspunkt aus kann an sich die Berechtigung eines Nichtjuristen, in einer juristischen Fachzeitung seine Stimme zur Geltung zu bringen und Vorschläge zu machen, nicht bestritten werden. Der Mitwirkung der Juristen wird ja mit dieser Methode der Behandlung zur Legislation vorliegender Gegenstände nicht vorgegriffen, da ihnen die hochwichtige Aufgabe zufällt, aus den anderswoher kommenden Anregungen und dem ihnen zugeführten Material die Formel endgültig zu konstruieren und sie als Stein in den großen Bau der Gesetzgebung harmonisch einzufügen. In diesem Sinne ist es aufzufassen, wenn ich den Mut habe, eine Formel in Vorschlag zu bringen, die dazu bestimmt ist, die thatsächlich bestehende Lücke in unserer Gesetzgebung auszufüllen, nachdem es bis jetzt — infolge der sich durchkreuzenden Ansichten — trotz jahrelanger Bemühungen nicht hat gelingen wollen, die Angelegenheit vom Fleck zu bringen.

Es ist mir eine Beruhigung, vorausschicken zu können, daß nach meiner auf mehrere Jahrzehnte langer Praxis beruhenden Auffassung eine Abänderung bereits bestehender Gesetze nicht unumgänglich erforderlich ist, um dem Notstand abzuhelfen, daß

ich also namentlich nicht die Absicht habe, eine Abänderung der Reichsgewerbeordnung, im Sinne einer Wiedereinführung des Puschereiverbots, zu befürworten. Denn ich glaube, daß das Kurpsuchertum von selbst verkümmern wird, wenn es gelingt, ihm sein Werkzeug, nämlich den Geheimmittelhandel, zu entreißen. Ist der Schlange der Giftzahn entzogen, dann kann sie wenig Schaden mehr anrichten.

Die Reichsgesetzgebung hat bis jetzt noch nicht dazu gelangen können, sich ein Gesetz über Verbot von Geheimmitteln anzueignen, obgleich es an Vorbildern aus älterer Zeit nicht fehlt, wie z. B. aus der Partikulargesetzgebung für Hessen-Darmstadt, Rheinpreußen u. s. w. Ich kann nicht zugeben, daß die letztere Gesetzgebung ungeeignet sei zur Nachahmung. Sie ist nur um deswillen von geringer Wirkung, weil ihr Geltungsgebiet zu beschränkt ist, und weil es darum dem Schwindel möglich wird, durch einen einfachen Ortswechsel aus der Nachbarschaft immer wieder von neuem einzubringen. Noch weniger wirksam sind Lokalpolizeiverordnungen gegen jedes einzelne Geheimmittel, da ein einfacher Wechsel in der Färbung oder in dem Namen alle wohlgemeinten Gegenanstrengungen lähmt. Amtliche Warnungen können sich mit Sicherheit darauf gefaßt machen, daß der liederliche Teil unserer Presse, für welchen die Geheimmittel-Annoncen eine reiche Nebeneinnahme bilden, schon dafür sorgen wird, das Publikum eines andern zu belehren. Alle partikularen, ortspolizeilichen und privaten Anstrengungen sind nahezu wertlos. Nur überall gleichmäßig einzuschlagende, durch die Reichsgesetzgebung vorzuzeichnende Grundsätze sind im stande abzuhelpen. Um so lebhafter ist es zu beklagen, daß die Petitionskommission des Reichstags in ihren Sitzungen vom 7. und 13. Mai l. J. diese dringende Frage nicht zur Erledigung geführt hat. Dieser mein Vorwurf richtet sich nicht dagegen, daß die Kommission einer Petition um Erlass eines Verbots des Annoncierens von Geheimmitteln nicht stattgegeben hat, sondern gegen die auffällige Bemerkung, daß „eine ausreichende Bestimmung darüber, was als Geheimmittel angesehen werden solle, kaum gegeben werden könne.“ An diesem Bedenken läßt sie die Erledigung der Frage scheitern, während sie sich doch selbst wiederholt sofort an andern Stellen des Ausdrucks „Geheimmittelfug“ bedient, also die Existenz eines solchen einräumt. Nun glaube ich denn doch, mit dem gesunden Menschenverstand nicht in Konflikt zu geraten, wenn ich das

Anmuten stelle, daß, wo ein Ding als existierend anerkannt ist, auch die Begriffsbestimmung desselben geliefert oder doch für möglich gehalten werden muß. Wenn es der Rechtsprechung über Nahrungsmittelverfälschung gelingt, den Begriff von Wein und Bier festzustellen, sollte es da unmöglich sein, zu bestimmen, was Geheimmittel ist? Wäre dies unmöglich, so würden auch die von der Kommission gemachten Vorschläge „durch gemeinsames und anhaltendes Zusammenwirken der Polizei- und Gemeindebehörden den „Geheimmittelfug“ zu bekämpfen“ in der Ausführung auf eben dieselbe Schwierigkeit stoßen, nämlich auf den Mangel einer Begriffsbestimmung. Auf alle Fälle muß also eine solche herbeigeschafft werden. Diesen Versuch zu machen, soll zuvörderst meine Aufgabe sein.

Ein Geheimmittel ist ein Mittel, das geheim ist resp. geheim gehalten wird. Wir fragen: wem? und da wir es hier mit einem Verkaufsartikel zu thun haben, lautet die Antwort: dem Käufer oder Kaufabnehmer. Denn daß es dem Verkäufer bekannt sei, ist irrelevant. Da nun der Ausdruck „Geheimmittel“ auf keinem andern Gebiet Anwendung findet als auf dem der Mittel zur (angeblichen oder wirklichen) Heilung von Krankheiten, und da hier der Käufer identisch ist mit dem Kranken, so sagen wir: „Ein Geheimmittel ist ein Mittel zur Heilung von Krankheiten, das dem Käufer, resp. Kranken geheim gehalten wird.“

Wir fragen weiter: „Worin besteht das Geheimnis?“ oder (umgekehrt): „was ist erforderlich, daß ein Heilmittel kein Geheimnis enthalte, so daß also ein urteilsfähiger Mensch sich bereits beim Ankauf eine Vorstellung zu bilden vermag über die versprochene Heilwirkung?“ — und fragen sofort: „was hat Staat und Gesetzgebung auf diese Fragen zu antworten?“ — Die Antwort lautet: Wenn der Staat sich die Aufgabe stellt, seine Bürger vor Betrug zu schützen, so muß er vom Verkäufer eines Heilmittels verlangen, daß es jedem Kranken ermöglicht wird, selbständig oder durch Zuziehung eines Sachverständigen (Arztes) beurteilen zu können, in welchen Krankheitsfällen dieses zum Kauf angebotene Mittel zweckmäßig Verwendung finde. Um aber die Wirkung eines Heilmittels beurteilen zu können, dazu genügt nicht ein bloßer Name oder etwa eine kurze Notiz von Stoffen, aus welchen das angebliche Heilmittel bereitet ist, sondern der ganze Vorgang der Darstellung mit Einschluß der dazu benutzten

Neben=Zugredienzen und anderweitigen Manipulationen ist offen zu legen. Erst wenn alles dies dem Kranken oder dessen Sachwalter (Arzt) in minutiöser Weise mitgeteilt ist, ist es ihm möglich gemacht, sich persönlich vor Prellerei zu schützen. Wie auf andern Gebieten des Verkaufs nichts auf den Markt gebracht werden kann, dessen Gehalt nicht deutlich erkennbar ist, und wie dem Staat die Pflicht der Aufsicht über reelle Beschaffenheit der Ware zusteht, so muß auch auf diesem Gebiete der Staat sorgen, daß das Publikum, welches genötigt oder willens ist, zu kaufen, bei Offenlegen und Angebot der Ware völlige Klarheit habe über die Qualität derselben. Das Verhältnis wäre demnach so: der Staat überwacht die Beschaffenheit (in obigem Sinne) der Heilmittel, und der Kranke gibt seinem Arzte¹⁾ auf, unter der Masse derselben das für seinen Zustand geeignete herauszufinden, sofern er sich selbst nicht das erforderliche Urteilsvermögen zutraut.

Es muß dem Kranken oder seinem Arzt, auf Grund einer durch den Verkäufer unaufgefordert zu geschehenden Mitteilung, ein Einblick in die Beschaffenheit des Kaufobjekts ermöglicht sein. Von einer großen Reihe von Mitteln besorgt der Staat diese Mitteilungen mittels der Pharmakopöen, so daß bei Verkauf eines in diesen enthaltenen Mittels die jedesmalige Erläuterung über die Beschaffenheit dem Käufer gegenüber nicht erforderlich ist, da die Pharmakopöe die Qualität eines Gesetzes=Verkündigungsblattes hat, also als allen bekannt und zugänglich erachtet werden muß. Anders verhält es sich mit solchen Mitteln, welche durch Privatorgane (Presse u. s. w.) angekündigt oder anderweitig in den Handel gebracht werden. Diese sind so lange als Geheimmittel anzusehen und der Handel

¹⁾ Somit ist die soziale Stellung des Arztes nur die eines Ratgebers des Käufers; niemals dürfte er (genau genommen) zugleich Verkäufer von Heilmitteln sein oder sich als Sachwalter und Reklamemacher des Verkäufers gerieren. Ich will hier nicht weiter erörtern, ob und wie den Ärzten, welche diesem Grundsatz zuwiderhandeln, seitens der Gesetzgebung entgegen zu treten sei. Ich muß es auch hingehen lassen, daß der Staat einzelne Ärzte (in abgelegenen Gegenden) autorisiert hat zum Verkauf von Arzneimitteln; es ist eben eine Notlage. Willigen aber kann ich es nicht, daß ohne Not auch andern Ärzten, besonders homöopathischen, die Erlaubnis erteilt wurde. Eine Notlage liegt hier nicht vor. Es würde indessen zu weit vom Hauptthema wegführen, wenn ich mich hier über das Verhältnis der Homöopathie und die den homöopathischen Ärzten den andern gegenüber gewährte Bevorzugung in Verabreichung von Arzneimitteln auslassen würde.

mit ihnen zu bestrafen, als nicht gelegentlich jeden Angebots und jeden Verkaufs genau in derselben Weise, wie der Staat es durch die Pharmakopöen geschehen läßt, die Darstellung¹⁾ des Heilmittels seitens des Verkäufers, sei es schriftlich oder mündlich, angegeben wird. Ich will es hier unentschieden lassen, ob es zweckmäßiger ist, zu bestimmen, daß der Verkäufer vor der Publikation sich von der Behörde die Erlaubnis zu derselben zu beschaffen hat, der Staat also eine Art Zensur ausübt, oder ob nach derselben im Falle einer Zuwiderhandlung oder Unvollständigkeit die strafrechtliche Verfolgung in Aussicht zu stellen ist. — Eine Ahndung müßte fernerhin eintreten für Fälle falscher Veröffentlichung sowie einer etwaigen Bemerkung, daß trotzdem das Mittel geheime Zusätze enthalte. Denn da es selbstverständlich ist, daß die Publikation eine reelle und aufrichtige ist, so ist die Behauptung, sie sei es nicht, eine betrügerische. Eine besondere Strafbestimmung hingegen über Verkauf solcher Mittel, welche, wenn auch an sich nicht giftig, doch möglicherweise bei etwaigem Zusammentreffen besonderer Umstände oder irgend welcher im organischen Leben vorkommender Vorgänge giftig oder nachteilig auf den Organismus wirken könnten, ist nicht absolut erforderlich, da ja die Gesetzgebung bereits anderweitig den (übrigens meines Erachtens viel zu eng gegriffenen) Umfang der nur in Apotheken (Verordnung vom 4. Januar 1875) verkäuflichen und der nur auf Grund ärztlicher Verordnung zu verabreichenden Arzneimittel angegeben hat — dies um so weniger, als durch das von mir vorgeschlagene System die Behörde viel leichter als zuvor in die Lage gesetzt würde, eine Kontrolle zu üben. — Da jedoch eine Umgehung der Strafbestimmungen seitens solcher Personen, welche — ohne Ärzte zu sein — gewerbsmäßig die Heilkunde ausüben und dabei Heilmittel verabreichen, in der Weise denkbar ist, daß sie sich angeblich nur für die Ratserteilung bezahlen lassen, dagegen die Heilmittel gratis abgeben, darf ein einschlagender Passus durch das Gesetz nicht versäumt werden.

Hiernach würde ein Gesetz gegen Geheimmittelnusug etwa sich folgendermaßen gestalten:

¹⁾ Auf die Veröffentlichung der (chemischen) Zusammensetzung dürfte zu verzichten sein. Genaue Kenntnis der Darstellung eines Heilmittels gibt genügenden, ja oft besseren Aufschluß über den therapeutischen Wert eines solchen, als eine chemische Formel. Auch würde mancher reelle Verkauf, wie der von Heilquellenwässern, dadurch unnötig erschwert.

1. „Wer eine zur Heilung von Krankheiten oder zur Verschönerung des Körpers bestimmte und in den deutschen „Pharmatopöen nicht enthaltene Substanz zum Verkauf anbietet oder anbieten läßt, ohne zugleich dem kaufbedürftigen Publikum, oder wer eine solche verkauft, ohne dem „Käufer deren Bereitungsweise mitzuteilen, ist des Geheimmittelverkaufs schuldig und verfällt in eine Strafe von . . .“
2. „Gibt der Verkäufer die Bereitungsweise anders an, als sie „thatsächlich ist, oder sucht er den Glauben zu erwecken, daß „die Substanz noch eine andre geheime Beschaffenheit habe, „so verfällt er in eine Strafe von . . .“
3. „In dieselbe Strafe (unter 1 u. 2) verfallen solche Personen, „welche Kranke für Entgelt behandeln und dabei zur Behandlung dienende Substanzen verabreichen, ohne deren „Bereitungsweise anzugeben, resp. falsche Angaben über dieselbe machen.“
4. „Ausgenommen von diesen Strafbestimmungen sind approbierte Ärzte, insoweit ihnen die Verabreichung von Arzneimitteln gestattet worden ist.“

Der Zusatz Absatz 4. ist erforderlich mit Rücksicht darauf, daß es einzelnen Ärzten anderweitig gestattet wurde Hausapotheken zu halten (vgl. Anm. auf S. 55).

Es erhellt aus diesen Vorschlägen, daß der Verkauf von Heilmitteln, insoweit derselbe nicht gegen die Verordnung vom 4. Januar 1875 betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln verstößt, durch Vermittelung von Annoncen durch die Tagespresse nicht an sich unmöglich gemacht werden soll, sondern nur die damit verbundene Geheimhaltung. Also wird die Folge sein, daß jeder Käufer mehr als seither sich — namentlich in Anbetracht des hier noch möglichen verhältnismäßig geringen Umfanges von Arzneistoffen — ein eignes Urteil über den Kaufwert des Mittels zu bilden und sich somit mehr vor Betrug zu schützen vermag. Es ist fernerhin nur als Empfehlung des von mir geplanten Verfahrens zu betrachten, daß durch dasselbe nicht bloß an die Verkäufer die an sich billige Zumutung gestellt wird, dem Käufer gegenüber kein Geheimnis zu haben, sondern der gesamte Handel infolge der den ersteren auferlegten Darlegungen durch Druck oder mündliche Erläuterung wesentlich erschwert wird, ohne daß der loyale Handverkauf (in den Apotheken und Droguenhandlungen) dadurch eingeschränkt würde.

In wie weit die obigen Vorschläge auf Entgegenkommen zu hoffen haben, läßt sich im voraus nicht ermessen. Da indessen bereits das Reichsgericht wiederholt in seinen Entscheidungen (vgl. Band VI. Seite 331—333 der Sammlung) und das großherzogl. hessische Oberlandesgericht in seiner Entscheidung vom 27. September 1883¹⁾ in der Strafsache gegen Apotheker Böß in Frankfurt a. M., betr. den Verkauf von Brandtschen sog. Schweizerpillen²⁾ von ähnlichen Gesichtspunkten ausgeht, wie die oben angeführten, so ist die Hoffnung, daß seitens der juristischen Welt ein wesentlicher Widerstand gegen die Übertragung dieser Gesichtspunkte auf ein Reichsgesetz nicht in Aussicht steht, wohl begründet.

Die größte Schwierigkeit, welche sich denselben entgegenstellt,

¹⁾ Auszugsweise mitgeteilt im „Ärztlichen Vereinsblatt“ vom Jahre 1884. S. 153 u. 154.

²⁾ Diese Schweizerpillen bestehen nach Angabe der Verkäufer: 1. aus fünf in der Pharmakopöe enthaltenen Heilmitteln (rad. Gentianae, Extr. Aloës, Extr. Gentianae, Extr. Trifol. fibr., Extr. Absinth.) 2. aus zwei nicht darin enthaltenen (Extr. Selini, Extr. Achilleae moschat.) — in übrigens erwiesenermaßen schwankendem Verhältnis. Bezüglich der ersteren trifft der Vorwurf des Geheimmittels nicht zu. Die letzteren fallen unter den Begriff „Geheimmittel“ so lange, als nicht einmal die Mutterpflanze (es gibt mehrere Species aus dem Genus Selinum), geschweige der Pflanzenteil (ob Stengel, Wurzel, Blüte, Samen u. s. w.) und die Ingredienzen (Wasser, Äther oder Alkohol u. s. w.) zum Zweck des Auszuges, die Art und Dauer des letzteren genau angegeben sind. Der wirksamste Bestandteil (Extr. Aloës) kommt nicht aus den Alpen, und doch behaupten die Verkäufer, die Pillen seien „nur“ aus den duftendsten Alpenkräutern hergestellt; sie bezeichnen selbst die Pillen als Geheimnis damit, daß sie sagen, sie seien „echt nur“ bei Brandt zu beziehen — und eine ganze Reihe von Ärzten (einschl. Virchow) testieren, daß sie kein Geheimmittel seien (!), bloß deshalb, weil sie bei dem einen oder dem andern Patienten oder einem Arzte selbst Stuhlgang hervorgebracht haben, und empfehlen dem Laienpublikum diese Pillen, obgleich sie wissen müßten, daß Extr. Aloës in der Hand eines Nichtarztes und bei gewissen Formen von Stuhlverstopfung gesundheitsnachteilige und lebensgefährliche Folgen haben kann (!). — Nun frage ich: würde für Brandt und Genossen sich noch der Aufwand an Annoncen, Brochüren und andern Auslagen rentieren, wenn er auf jeder Schachtel und bei jeder Empfehlung die Darstellung genau angeben müßte, und wenn ihm unmöglich gemacht würde zu sagen, daß die Pillen nur aus Alpenkräutern beständen, und zugleich jede Apotheke das Präparat selbstständig herstellen könnte, also die Angabe, daß dieselben nur an ganz bestimmten Verkaufsstellen zu beziehen seien, rasch in sich selbst zerfallen würde, und wenn namentlich auch die Möglichkeit einer mit der Publikation widersprechenden Zusammensetzung ausgeschlossen, also der Darsteller genötigt wäre, überall gleichmäßig und also sorgfältiger als bisher zu arbeiten?

die indessen meines Erachtens überwunden werden muß und überwunden werden kann, liegt in dem Mißverhältnis zwischen der ununterbrochenen Fortentwicklung der medizinischen Wissenschaft und des von ihr fort und fort neu erzeugten Arzneischatzes einerseits und dem diesem neuen Arzneischatze nicht rasch genug Rechnung tragenden Umfang der Pharmakopöen anderseits. Hier bleibt nur ein Auskunfts mittel, welches indessen Ähnlichkeit hat mit einem Vorschlag, den eine von dem Magistratsrate Albert Frickhinger zu Nördlingen an den Reichstag gerichtete Petition ausspricht, nämlich eine besondere Abteilung des Reichsgesundheitsamts einzusetzen, deren Aufgabe es ist, thunlichst rasch zum Zwecke einer fortlaufenden Ergänzung der Pharmakopöe etwa in einer einem amtlichen Verkündigungsblatt ähnlichen Form Mitteilung zu bringen über die Darstellung solcher Arzneimittel, welche inzwischen in der medizinischen Presse als zum ärztlichen Gebrauch tauglich erschienen sind — mit der Maßgabe, daß diese Veröffentlichungen bezüglich dieser Bereitung (und der Preise) obligatorische, dagegen bezüglich des Feilhaltens in den Apotheken vorerst nur fakultative Bedeutung haben.

Auch von andern Seiten wird der obige Aufsatz Bedenken und Einwände in Menge wachrufen. — Der deutsche Apothekerverein hat, wie ich im Frankfurter Journal Nr. 517 l. J. lese, um Verbot jedes Annoncierens von Heilmitteln petitioniert. Es geht mir jedes Verständnis dafür ab, wie man es zu stande bringen könnte, alles Annoncieren mit Stumpf und Stiel auszurotten, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten, d. h. berechtigte wissenschaftliche Bestrebungen zu ersticken. Will man denn etwa auch das Annoncieren von Heilmitteln in ärztlichen Zeitschriften nicht mehr dulden? Mit Recht hat die Petitionskommission des Reichstags diesen Weg bereits verschlossen. Dagegen bin ich der Ansicht, und das ist gerade der Kernpunkt meiner Auseinandersetzungen, daß jeder Annonce die Verpflichtung auferlegt werde, vollständigen und wahrheitsgemäßen Aufschluß über die auf den Markt gebrachte Ware zu geben, so daß selbst das nichtärztliche Publikum, insoweit es die genügende Vorbildung besitzt, Gelegenheit hat, sich einigermaßen selbständig wenigstens über den Kaufpreis eines Mittels ein Urteil zu bilden, ohne eine amtliche Veröffentlichung darüber abwarten zu müssen. Der Gesetzgeber muß jedem Individuum, falls es sich das erforderliche Verständnis dafür zutraut, soweit thunlich, den Weg offen lassen, nach eigenem Gutdünken sich selbst zu kurieren.

Ohnehin würde ein Verbot von „Annoncen“ nicht dem ebenso gefährlichen Verkauf durch Unteragenten beikommen; die Geheimmittelverkäufer würden im Gegenteil diesen Ausweg bald ausfindig machen und um so schwungvoller benutzen.

Manche werden klagen über zu große Erschwerung des Handels (Druckkosten u. s. w.). Sind es solche, welche der Heilkunst ernstlich dienen wollen, so werden ihre Mühen und Kosten nur vorübergehend sein, da ja vorgesehen ist, daß die Pharmakopöe solche Mittel alsbald aufnimmt. Auch habe ich nichts dagegen, daß verdienstvolle Vermehrungen des Arzneischazes patentiert werden. Sind es dagegen solche, welche politisch radikal genug denken, daß auch unberufene Verkäufer von Heilmitteln Schonung verdienen. — nun denn: ich will gerade diese treffen!

Nicht befriedigt werden ferner solche sein, welche nur in der Einführung des Pfschereiverbots Heil ersehen. Auf welche Schwierigkeit indessen diese stoßen wird, darüber geben die Verhandlungen des Ärztekongresses vom Jahre 1887 (in Dresden) genügend Aufschluß. Ist ja doch auch ein Gesetz gegen Geheimmittelverkauf durchaus kein Hindernis gegen Einführung des Pfschereiverbots; es ist gar nicht meine Absicht, gegen die Einführung desselben prinzipiell Opposition zu machen.

Nur scheinbar im Widerspruch mit obigen Darlegungen steht dagegen das auch von mir geteilte Verlangen nach schärferen und ausgiebigeren Bestimmungen zum Zwecke des Verbots der Abgabe von stark wirkenden Arzneimitteln aus Apotheken oder Droguenhandlungen ohne ärztliche Verordnung. Ich glaube vielmehr, daß z. B. die Abgabe von drastischen Mitteln (wie Alos) im Handverkauf verboten werden sollte.

Ich will indessen den Rahmen meiner Darlegungen nicht noch weiter überschreiten. Falls sich die Kritik mit diesem Aufsatz beschäftigen sollte, bitte ich nur anzuerkennen, daß einseitige Interessenpolitik zu gunsten irgend eines Standes mir fern gelegen hat.